

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIEZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18961013

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Dienstag, den 13. Oktober 1896.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Beilage über deren Raum mit 30 $\mathcal{A}$. für den Arbeitsmarkt, Ver-
mietungs- und Familienanzeigen mit 30 $\mathcal{A}$. berechnet.
Anzeigen-Nachnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büroaus-
stattung und Expedition: **Große Theaterstraße 44 in Hamburg.**

Hierzu eine Beilage.

Ein Partei=Geipenst.

„Willst Du losgesprochen sein
Von Verdruß und Händeln,
Stets laß zwischen Ja und Nein
Deine Worte pendeln.“

Diese Maxime beherrschte den Delegiertenkongress der Nationalsozialisten und damit haben sie den drohenden Krieg vorläufig abgewendet. Sie beherrschte auch die beschlossenen Resolutionen, mit welchen die nationalsozialistische Presse jetzt Staat macht und worauf sie so stolz ist wie — der Schulung, der wegen Faulheit in einer ersten Klasse zurückversetzt wurde, wo er unter den Besten saß, während er früher einer der Besten war.

Sie saßen in der That Recht, die nationalliberalen Blätter, wenn sie den Delegiertentag als einen bedeutungslosen Wendung in der Geschichte der Partei bezeichnen. Nicht daß es keine Wendung nach vorn und aufwärts, sondern daß eine Wendung nach hinten und rückwärts gewesen ist. Wie aller politischen Charakterlosigkeit der Partei der Scheitern wahrste sie bisher doch wenigstens noch programmatisch ihren liberalen Charakter. Verleugerte sie in ihren Thaten die Prinzipien des Liberalismus? So trübs sie den Abfall doch nicht ganz so weit, da liberaler Elemente nicht selbst abzuhandeln und sich auf dem geduldeten Papier heben, und das war, was man von der Furchtlosigkeit sagt, immer noch ein Tribut der Partei an die Tugend. Jetzt aber hat sie sich auch von dem liberalen Bekenntnis offen losgesagt und wenn es auch nicht den letzten Schritt gethan und förmlich überwirft hat, so hat sie doch den vorletzten gethan und jede bestimmte Stellungnahme im liberalen Sinn zu den Tagesfragen, mit alleiniger Ausnahme der Bräutigams- und Doppelwählung, ängstlich vermieden und somit auch theoretisch der rationalistischen Politik das volle Bürgerrecht innerhalb der Partei verließen. Zwar hat eine Stelle in den angenommenen Resolutionen: „Bekämpfung jedes Rückschritts und beharrliches Streben nach stetiger Fortentwicklung aller Einrichtungen des öffentlichen Lebens.“ Aber wer auf diese allgemein gehaltenen Phrasen und nur einen Fienstrich legt, wäre ein großer Naivling, denn sie vertritt sich auf zwei Weisen mit der trübsen Reaktion. Wie das? Sehr einfach: man erklärt den Rückschritt, reaktionäre Gesetze und Maßnahmen ganz einfach als Fortschritt, wie wir das ja öfters erlebt haben.

Man muß überhaupt gestehen, daß der Delegirte in der Verformung solcher so allgemein wie möglich gehaltenen Besäen, die ein bestimmtes Gesicht auf Erden tragen und den Pferdesatz sorgfältig verstehen ein gleiches Gesicht bewiesen hat. Das gilt besonders von der Knote der langatmigen Resolutionen, welche die national-liberale Presse schimmernd und prächtig in den Schaufenstern stellt: „Das Vaterland über der Partei“ das allgemeine Wohl über alle Sonderinteressen.“ Weshalb das klingt, politische Sachdinge müssen ganz anders davon gestimmt werden und den national-liberalen Blättern zustimmen, wenn sie schreiben „Rebdinge“ — so bezeichnen sie die wichtigsten Fragen, welche die Zeit bewegen — brauchen nicht entscheidend zu sein für eine Partei, welche die höchsten Ziele auf ihre Banner geschrieben hat.“ Zum Zum! Aber der tosfalsch Hundung, der in diesem schönen Sage steht, ist doch durchsichtig genug.

„Das Vaterland über der Partei“, das heißt, wir
nehmen den reaktionärsten, volksfeindlichsten, kulturge-
wöhnlichen Vorklagen zu, wenn sie unter der Flagge der
nationalen Interessen aufmarschieren, wenn am
gewöhnlichsten verpackt wird, das Wohl des Vaterlands
stehe auf dem Spiel. Neue Waffenmillionen für den
Militarismus — die Partei ist eigentlich dagegen, aber
— „das Vaterland über der Partei!“ Unerlöste Platten-
pläne — wir sind im Grunde nicht damit einverstanden
aber — „das Vaterland über der Partei!“ Umfuge-
gedränge, Ausnahmegeetze — das Vaterland erschließt sie
Zeitgemäß Reformen des Militärapparatprosses — wir
verlangen sie, aber die Sachverständigen in der Militär-
verwaltung erklären, die Verhängnishaft des Vaterlands
wäre dabei noch leiden und resigniert denken wir uns
Haupt vor ihrer höheren Glieder. Wiedereinführung
der dreijährigen Dienstzeit bei der Infanterie — dito
— den Senern, direkt und indirekt — dito & in
wiedererhöhung des Wahlrechts — dito! In so weiter
Die Formel verteilt zum Voraus Absolution für jeden
politischen Verrath an Freiheit und Volkswohl.

Und nicht anders verhält es sich mit der anderen
Satzfläche: Das allgemeine Wohl aller Sonder-
interessen." Als ob nicht immer das kapitalistische
Sonderinteresse im vollensten Cotanontal des Gemein-
wohls auf der Parlamentsbühne erschienen wäre! Von
Rechts des Gemeinwohls, ihres kapitalistischen Bewuß-
tseinswohls, wird die Partei allezeit zu jeder politischen
Niedertracht gegen die Arbeiterklasse bereit sein. Will
diese Bewußt sein, sie eventuell leichten Jochs und
reinen Gewissens das Koalitionrecht der Arbeiter ver-
kümmern lassen, die Bäckereiverordnung und den Nicht-
abstimmungsbefehl bekämpfen, kurz alles sozialpolitische Gut-
niederschmeißen und alles Schlechte unterstützen. Ein
antiliberales Blatt hat es ihr Anfangs dieses Jah-
res und heraus erzählt: Sie hat unter dem Vorwande
einem fabelhaften Gesamtinteresse zu dienen, die deutsche
Welt nach ihrem eigenen Klasseninteresse dienbar ge-
macht. Der Boden, auf dem die nationalliberale Partei
steht, ist zu Hengsterei und Unwahrhaftigkeit bis an
den Grund zerbrochen. Nicht für die sogenannte Gesamt-
heit haben die liberalen Herren gefochten, sondern für sich
selbst. Nicht für die Kulturblude haben sie sich bemüht,
sondern für ihre Interessen; nicht das Volk haben sie ge-
eiert, sondern sich selbst haben sie ihre Tugden ge-
breitet. Die Herren, die ihrem kapitalistischen Appell
ein Treidhaus gebaut haben, sollen uns nicht länger
für humanen Verbleibnis um das allgemeine Wohl vor-
führen.

Was sie, die Nationalliberalen, praktisch längst
erweisen sind, politische Schlange nimmermehr abzu-

Knochen, die sich in jede Richtung hineinwinden, sind sie nun auch programmatisch. Damit aber haben sie aufgehört, eine Partei zu sein und können als solche nicht mehr ernst genommen werden. Denn zum Begriff „Partei“ gehört eben die bestimmte, ungewidmet unrisikoreiche Stellungnahme zu den schwebenden Tagesfragen. Vaterland, allgemeines Wohl — das schreiben alle auf ihre Fahnen; erst die Definition dessen, was man für Vaterland und Gemeinwohl erpresslich erachtet, charakterisiert die Partei. Drückt sich eine Partei daran herum und nimmt ihre Zuflucht zu beschwommenen Phrasen, so hat sie als Partei liquidität, wenn sie auch ihren Konkurs nicht offiziell angemeldet hat.

„Bei Lebel noch, bei Lebel noch!“ jubelt es gegenwärtig aus der national-liberalen Presse, die glänzend darüber ist, daß die Partei in Berlin nicht ganz aus dem Heim ging. Aber es ist nicht wahr. Die Partei lebt nicht mehr. Sie ist gewesen. Sie ist tot! Und was noch als national-liberale Partei umgeht, ist nur ein Schatten, ein Gespenst, ein Gespenst. Gespenster können nur in der Nacht spuken, in der alle Augen grau und keine Farben zu unterscheiden sind, wie eben — in den beschloffenen Revolutionen.

Von der Weltbühne.

Der Parteitag in Götting bietet der bürgerlichen Presse schon im Voraus Stoff zu ablehnenden Urtheilen, die erneut den eifrigen Beweis liefern, daß die Sozialdemokratie heute im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht. Nichts kann die gewaltige Veränderung der Situation für unsere Partei, seit sie vor 21 Jahren im Göttinger Eingangslorenz zwischen Eisenaden und Salzhallenaren abhielt, besser kennzeichnen als der Unterschied in der öffentlichen Beachtung, die ihr zu Theil geworden ist. Die wichtigste noch damals herrschende Partei und Staatsgewalt, die sich mit den Sozialdemokraten verstand, wurde verstoßen und abgeschafft und die Fügung gegen ihren Segen dazu, aber die „öffentliche Meinung“, die in der gemäßigten Presse gemacht wurde, wurde mit diesen Dingen nicht viel befaßigt und vor einmal vor der Sozialdemokratie die Rede war, da glaubte man mit verächtlicher Geringschätzung und spöttischen Wädeln auf „Farren und Zöllkäufer“ herabzusehen, die sich vor der öffentlichen Meinung zu verstecken suchten und die Herrlichkeit des Kapitalismus durch eine „alte Kultur vermischte“ sozialistische Wirtschaftso-
rganisation zu erheben.

Wie anders heute! Das Lachen ist den Deutschen längst vergangen und dafür hat sie die schillernde Angst vor der Sozialdemokratie gehabt. Der erste Anstoß dieser Angst zeigten das Sozialistengesetz und die brutale Gewalt wollte man den Gegner niederschlagen, aber den man nicht mehr zu töten wagte. Und man schlug mit wahrer Verleumdung um sich; Verwundete gab es genug, aber die tödliche Verletzung konnte man dem verhassten Gegner, der Sozialdemokratie, nicht beibringen; sie wuchs trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen tiefergehend empor, den Gegnern wurde Schicksal und Schicksal der Arbeiter aus dem Munde der Feinde. Was tun? Das Sozialistengesetz, Brutalitätspolitik war so ungenügend, daß man sie fallen lassen mußte, wollte man sich nicht immer gewalttätig, vernichtender Vornahmen zugehen. Nach der Öffnung, daß sich die Sozialdemokratie nach der wiedererlangten größeren Bewegungsfreiheit selbst ausbreiten werde, erfüllte sich auch nicht. Und bald kehrte man zu der alten Liebe zurück; die Unzufriedenheit sollte eine neue Welle der Unterdrückungsmaßnahmen einleiten in nur etwas veränderter Gestalt. Die Rechnung war jedoch ohne Berücksichtigung der Befreiung der bürgerlichen Parteien gemacht. Das Sozialgesetz war womöglich noch schärflicher als beim Sozialistengesetz. Es zeigte sich, daß der Sozialismus nicht mehr bekämpft werden konnte, ohne gleichzeitig die bürgerliche Demokratie zu gefährden.

Dann kam der Sedanstag. Die Kaiserpolitik, oft genug offen tendenziöse Auslegung bestehender Straßengesetze sollte den bisher vergeblich erzielten Erfolg bringen. Opfer sind in schwerer Weise gefallen; aber die Partei selbst ebenso unerschüttert da wie zuvor. Die Kollexie, die folgte, der vereinsgefährliche Angriff an der Parteiorganisation war ebenso ein Schlag in's Wasser, soweit er die Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie treffen sollte. Er brachte aber auf der anderen Seite die gemäßigten Parteien auf die Beine, die für ihre eigenen Organisationsfragen zu fürchten begannen. Und so war die erste Folge, daß schließlich unter dem Drange der Umstände die Sozialdemokratie sich zu einer Partei, die schrittweise Hindernis der politischen Vereinigung wurde, verlor. Das Verbot des Vereinsbündelstrebens der Vereine, fallen zu lassen. Was man einer kleinen Partei ungestraft anhaben kann, das täte sich eben sofort, wenn es gegen eine noch Millionen zählende Partei angewandt wird, deren politische Befolgung der gegebenen Vorschriften, soweit diese überhaupt möglich ist, allgemein anerkannt wird.

Die geänderte Situation spiegelt sich auch deutlich in den Betrachtungen, welche die bürgerliche Presse dem Parteitag widmet. So schreibt die ultramontane „Köln. Volksztg.“ u. A.:

„Berechnet man die dünnen Kongreßprotokolle der 200 Jahre mit denjenigen, so zeigt sich schon äußerlich, daß die Sozialdemokratie seit den sozialdemokratischen Parteitag, seitdem der Parteitag von 1893, der Parteitag von 1896, der Parteitag von 1898, der Parteitag von 1899, der Parteitag von 1897, also vor 20 Jahren in Gotha abgehalten wurde, er gab die Parteifolge mit dem Defizit von M 458, heute verfügt die Sozialdemokratie über reiche Mittel. Damals hatte die Partei 23 politische kleinere Zeitungen, heute besitzt sie 119 politische und gemeinschaftliche Organe, von denen 39 täglich erscheinen. Damals saßen neun Sozialdemokraten im Reichstag und die Partei hatte bei den Wahlen von 1874 351 760 Stimmen erzielt, heute verfügt sie bei den letzten Reichstagswahlen von 1893 über 1 261 461 Stimmen, die Partei hat sich von 1874 auf 1893 um 1 000 000 Stimmen vergrößert. Damals war Gotha noch ein Dorf in das sozialdemokratische Reichsgebiet, der offiziellen Reichstagswahlkreise, die als besonders anständigvolles, aufgenommen, heute ist es im Reichstage sozialdemokratisch vertreten und im Landtage des kleinen Herzogthums sitzen acht Sozialdemokraten.“

Die neuerlichen Erfolge der Partei bei den Sandtagwahlen in Gotha und Jena dürfen denn auch die bevorstehenden Verhandlungen des Parteitag in verheißungsvollen Sinne beeinflussen. In einer Reihe von Kreisen ist die Partei als die einzige, die die „Bismarck- und der Reichstags-Strömung, mit der man in manchen Stellen nicht aufhören zu sein scheint, dürfte es zwar auch dieses Mal nicht fehlen, und auch sonst werden allerhand Streitigkeiten nicht ausbleiben. Aber es wäre sehr verfehlt, wenn man derartigen Vorgängen allzu viel Gewicht belegen wollte. So lange es Sozialisten gibt, wird es nicht denken an Streitigkeiten, und so lange es Sozialisten gibt, sind die rädlichen des Meinungsunterschieds und Streit durchziehen die ältesten wie die neuesten Kongressprotokolle, fest wurde aber der Friede mit Nichts auf die Gegner, die gefolgsam befehligt werden müßten, wieder hergestellt. Wiederholte wurde der Kampf nicht unterbreiten, wenn die Partei vorübergehend zur Ruhe kommen sollte. Die Partei fordert auch die in manchen Kreisen beliebte Vorstellung, daß die Sozialdemokratie die Freiheit der Partei nicht erschaffen wird.

und nicht zuletzt hat die Letztere ihre Erfolge den Fehlern ihrer Gegner mit zu verdanken."

So sehr j. Blatt offenbar demüthigt ist, so erheben sich doch die Ausführungen doch eine fälschliche Auffassung der Charaktere unserer Partei. Was als „Sant und Streich“ bezeichnet wird, ist eine sehr richtige Meinung, und anlaßlich über die Partei bewegende Fragen, nicht bloß Kritik an unseren Gegnern, sondern auch an uns selbst und find dabei, wie das rheinische Blatt richtig bemerkt, gewohnt, und gegenseitig höchstschönes die Meinung zu legen. Ist das geschehen, dann ist der Streit ruhiger und geschlossener als je. Wenn wir die Feinde gegenüber, die wir nicht als Feinde, sondern als Sozialdemokratie vor allen anderen Parteien anerkennen, unserer Selbstkritik liegt unsere Stärke. Darin ist der Gehalt für die Geschlossenheit der Partei zu erblenden, nicht von voller Verneinung einer lebendigen Partei. Eine große Partei ohne Meinungsvorbehalte ist nicht denkbar. Die Meinungsverschiedenheiten sind das Zeichen der potentiellen Lebenskraft. Die Partei wird nicht sterben, sondern allgemein anerkannt, Parteigründungs bewegen. Wir wollen aber nicht tot sein, wir wollen leben. Wir wollen unseren Gegnern zum Troste, der Menschheit zum Heile! Deswegen leben die Sozialisten! Sie ist der Weg zum Fortschritt!

Die Vorlage über die Zwangsorganisation der Handwerker ist im Bundestag noch keineswegs vor schließlichkeit geklärt. Die Pöhl geht zu dem sich das Schicksal der Vorlage im Bundestag in Angelegenheit noch nicht überlegen lasse. Es haben die Meinungen, als ob Preußen auf die Unterführung des Vereins zu weichen können. Im Gegensatz dazu, was ich schon vor dem „Blind“, d. h. als ich mich zu hieß, dass die Sache sich im Bundestag nicht vor sich zu gehen, sondern dass die Zwangsorganisation nicht gefunden werde. Einwilligen ist die von der bayerischen Regierung eingelegte Einsprüche noch nicht zum Abschluss gekommen. Dagegen bezeichnet auch die Pöhl als als absolut sicher, dass die Württemberg unter allen Umständen auf seiner ablehnenden Stellung beharren wird. Weiter aber wird sogar bestritten, dass Preußen selbst im Verein mit Bayern bereit sein werde, die Verantwortung für das Werkstückes in so tief einschneidender Weise beschneidend in Frage zu übernehmen, wenn es nicht zu einer einheitlichen weiteren Einflussnahme auf das ganze Reich zu Gunsten der Zwangsorganisation nicht für ausgeschlossen ist, dass die Stellungnahme einer größeren Anzahl norddeutscher Regierungen gegen die Vorlage, die die Preussische bisher wohl als Freunde des Entwurfs betrachtet habe, nicht ohne Einfluss bleiben wird. Es gilt als sicher, dass im Bundestag von den Gegnern der neuen Vorlage der Vorlage gemacht werden wird diese zurückzulegen und dem Reichstag nochmal den ersten sogenannten Vordrücken des Entwurfs zu unterbreiten, um an der Hand dieser Pöhl höher in den Handwerkerkreisen festzustellen, um die Handwerkerkreise selbst für die Zwangsorganisation zu gewinnen. Die Wichtigkeit dieser Vorlage innerhalb der verbandlichen Beziehungen auf Unternehmungen kann nicht übersehen werden.

Da die Zünftler selbst — die ja freilich nur eine geringfügige Minderheit der Handwerker sind — im Einzelfragen sehr verschiedener Meinung über die Vorlage sind, wäre es schließlich noch das Bescheidstele, die Sache fallen zu lassen.

Im „mittelparteilichen“ Lager tauchen auch politische Bedenken gegen die Vorlage auf, die der „Hamb. Correspond.“ wie folgt vertritt:

„Es verstanden sich die Gründe für die Auffassung, daß die Freunde der Vorlage in Handwerkerkreisen nicht sowohl auf die Ziele der Vorlage selbst, als auf den großen Werth, den sie als ein Mittel zur Erlangung politischer Macht wünschlen. Daß die Berufsorganisation von über zwei Millionen Wählern dieselbe eine politische Macht gewähren kann, und daß eine solche Organisation einer beherrschenden Stellung im Reichstag zu verhelfen vermag, ist eine ganz andere Sache.“

[illegible]

Neue Wasserdampf-Inventionen sollen vom Reichstage verlangt werden. Am Donnerstage ist dem Bundesrathe der Entwurf eines Gesetzes eingegangen zur Ergänzung der Gesetze über Wasserdampfverbindungen mit überseeischen Ländern. Aufzählen möchte es sich um Erhöhung der Dampfer-Inventionen um Einführung von 14tägigen Dampfer-Abreisen an Stelle der jetzigen vierwöchentlichen nachweisen. Jedem ein postliches Interesse in dieser Richtung liegt unseres Erachtens nicht vor, da auch in dem Zwischenraum von vier Wochen die Post durch andere Dampferlinien befördert wird. Es handelt sich hier einfach um die Frage, ob das Subventionssystem der Dampferlinien auf Kosten der Steuergäher noch weiter ausgedehnt soll, als es schon der Fall ist.

Für Wittwen und Waisen zu sorgen, hat die preussische Staat zur Aufgabe gemacht. Zwar ist es nicht angängig, Wittwen und Waisen vorstehender Arbeiter irgend eine andere Hilfe zu bieten, als die Armenpflege sie leistet, zwar kann nach Uebereignung der „Zugmänner“ die Rente für Wittwen und Waisen in sehr verunglückter Arbeiter auf keinen Fall erhöht werden; aber dennoch hat man „da Oben“ ein warmes Herz für die Wittwen und Waisen — von Beamten und Offizieren.

Der preussische Staat hat ganz bedeutende Schulden gemacht, die er mit vier Prozent verginlen mußte, welche diesen, wiederum durch die Steuererhöhung aufgebracht

merben. Die Frage des Geldmarkts ist nun so, daß der Staat das Geld erheblich billiger, zu 3½ Proz., ja zu 3 Proz. liefern kann, und so ist denn angeordnet worden, daß die untere Verwaltungsklasse, die Beamten und niedrigen Offiziere, welche die Einkommensteuer zahlen müssen, schreiben und diejenigen anzunehmen, welche damit nicht zufrieden sind. Eine einfache und ganz gerechtfertigte Finanzoperation, vollständig im Interesse der Steuerzahler. Aber nicht im Interesse der Kapitalisten, welche ihr Geld in sicheren Staatspapieren mit vierprozentiger Verzinsung natürlich viel lieber anlegen, als auf Hypotheken zc. zu 3 bis 3½ Proz. mit dem Risiko, das sie zu verlieren. Deshalb enthält sofort ein wichtiges Gesetz eine Bestimmung, nach welcher die Waisen- und Wittwenkassen, welche die Einkommensteuer erheben, die Hälfte ihres Zehnten davon abzugeben haben. Diese Waisen- und Wittwenkassen sind also verpflichtet, einen Theil ihrer Einkünfte einzubringen, um den Zinssatz herabgesetzt werde. Diesen Grund zu entkräften, heißt nun, die „Kreuz-Zg.“ mit, das ein Dispositionsfonds geschaffen werden soll, um den Wittwen und Waisen von den Beamten und Offizieren die Verluste, die ihnen entstehen aus der Konvertierung nachweislich einzufügen, einzusetzen zu ersetzen. Höchst lautet eine Uebersetzung unbestimmter gehalten: Abzug der „Verluste“ von Nachr.“ welche darauf hindeutet, daß die Fonds bestehen, welche zur Befriedigung von Notständen und zur Erleichterung in Verdrängnis auf Grund individueller Prüfung des Falles bestimmt sind.

In Wirklichkeit werden „Bittnen und Waisen“ natürlich nur vorgegeben, um dem Klienten, dem Kapitalisten, den mühseligen Erwerb in bisheriger Hinsicht zu sichern. Die „Bittnen und Waisen“ — auch der Beamten und Offiziere — flüchten im Grunde unversehrt in staatsgeschützten Parteien verteilt wenig; aber als Sorawand sind sie sehr bequem und darum wird um den Staat nicht zu verlieren, von den Kapitalisten die besten Vorfälle zu verhindern, gegen den Dispositionsbesitz der ihnen, wenn sie nicht in der Lage sind, zu arbeiten, ganz erkrankt sein müßte, möglich geworden. Sogar die Antisemiten, monardisch bis auf die Knochen“, wehren sich mit Händen und Füßen dagegen.

Den Einwendungen gegen die Konkretisierung tritt die „Zeit“, das Organ der jüngeren Christlich-Sozialen treffend entgegen. Sie fragt, welche Volksmassen denn an dem hohen Zinsfuße ein Interesse haben:

Die Lohnarbeiter? Gewiß nicht. Sie leben ja von der Hand in den Mund, und wenn sie es zu etwas Eigenthum bringen, so ist es in den meisten Fällen Genußsack und alleinstimmig ein Dasein, in den seltensten Fällen ein irgendwie in's Gewischt fallendes Kapital in barem Gelde. Die Bauern? Ihr Kapital fließt in Grund und Boden und Inventar. Die ganz allerwiegende Noththat hat kein bares Geld, sondern Säulen, und hat natürlich das größte Interesse daran, diese Schulden niedrig zu verjagen. Und die Handwerker? Die Kaufleute? Die Fabrikanten? Sie alle brauchen Kredit, und daß ihnen billiger Kredit lieber ist als theurer, bedarf vielleicht keiner weiteren Ausführung.

„Erfülltest scheint der Ginnwand, daß der Sparkinn unter der Herabsetzung des Zinsfußes liegen könnte. Sieht, sage ich, denn der einfache Hinweis Francien widerlegt ihn. Die französische Rente beträgt nur 3 p. p. Trogheit ist das französische Volk notorisch das Sparlose, das es giebt. Argens ist die Zahl der Sparrenten, die man auf sich in unsern westlichen Ländern — und selbst nach der Schwärz — ausrechnen sollte — ist denn das Sparen der Volkswirtschaftlichen Weisheit letzter Schluss? Ausreichender Zohn, ausreichende Gehälter, ausreichende Fürsorge für Witwen und Waisen, für Alte und Greislose, das ist viel wichtiger.“

Und ganz besonders wichtig erscheint die Frage, ob denn die Altersrenten, die von der Hand in den Mund leben, dazu da sind, mittels der indirekten Steuern ihren Beitrag zu leisten zur Existenz jener, welchen vermöge ihrer Staatspapiere ein müßiges Leben ermöglicht ist, und welchen die Heraushebung der Beiträge aus der Staatseasse ein Eingriff in ihre Rechte scheint, so daß sie gegen Minderung ihres arbeitslosen Einkommens alle Hebel in Bewegung setzen.

Gegen den sozialdemokratischen Wahlsieg in Offenbach scheinen noch allerlei gegnerische Misseleiten in's Werk gesetzt zu werden. Das „Offenb. Abendblatt“ fragt unterm 10. Oktober:

Was geht vor? Bis zur Stunde wo wir diese Zeilen schreiben, sind die am Montag gewählten Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei durch die Wahlkommission von ihrer Wahl noch nicht in Kenntniß gesetzt worden, wie dies Artikel 29 des Wahlgesetzes vorschreibt. Wir hören nun, daß die Herren der Wahlkommission sich krampfhaft abmühen, die Wahl vom Montag in die Gegenwart umzusetzen, und die Auslegung des Artikels 9 des Wahlgesetzes, daß Wahlmänner ihrer Partei als gewählt zu proklamiren. Es genügt diesen Herren nicht, daß die Wahlmänner, wie das bisher stets geschehen hat, den erforderlichen Eideszettel zahlen, nein, sie verlangen, daß dieser Steuerzettel ihr „eigenthümliches oder nupzigerliches Vermögen“, als welches sie den Arbeitsverdienst nicht anerkennen wollen, zu zahlen sei. Wie gezuogenen diese Auslegung ist, zeigt schon die Thatsache, daß die jetzt plötzlich als Wahlmänner behandelte Kategorie von Personen, die die Hälfte des Steuerbetrages vom Jahre 1872 überschreitet, den Mannen in den verschiedenen Wahlkreisen nicht gezählt werden und auch diesmal wieder darin stehen. Ja, in Mainz hat dieselbe Kategorie von Wahlmännern schon zwei Mal anstandslos die Abgeordneten gewählt. Auf diese juristische Fiktion ist auch eine Briefkastennotiz der gestrigen „Offenb. Ztg.“ zurückzuführen, welche zwei Abonnenten, die sich zum Wahllokal begeben lassen wollten, erklärt: „Im Uebrigen ist es wohlmeinlich, daß die ganze Angelegenheit noch eine sehr überraschende Wendung nimmt, durch welche die Distinction überflüssig werden dürfte.“ Jawohl, diese Distinction wäre ja überflüssig, wenn die Herren der Wahlkommission nicht ihre Wahl an sich emigralt, und wenn nicht die „überraschende Wendung“ würde um so überraschender sein, als die Wähler mit erheblicher Mehrheit erklärt hätten, wie wollen von den nationalliberalen Wahlmännern nichts mehr wissen. Nun, wir können auch diesen Streich ablesen, das letzte Wort dazu spricht die Kammer selbst.“

Zur Gemeinderatswahl in Mannheim schreibt unser dortiges Parteizentrum, die „**Wolfskeim**“: „Die erste Schlacht ist geschlagen und sie hat, wie vorauszu sehen war, mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokraten endete. Insgesamt gaben von 9766 Wahlberechtigten 6051 Wähler, also 62 pSt., ihre Stimme ab. Davon ergab die Sozialdemokratie 8728, der sogenannte „Verbündete“ sozialdemokratischer Arbeitervereine 1921 und die „**Wolfskeim**“ 1007. Die Sozialdemokratie hat bekanntlich mit einer absoluten Mehrheit die 100 Stimmen über die beiden Gegner gestellt. Sie hat 37,28, die beiden Gegner zusammen 29,22 Stimmen erhalten. Es war ein schwerer, aber sühner Sieg, der den Nationalliberalen wohl auf immer die Lust benehmen wird, die dritte Wählerklasse der Sozialdemokratie freitrig zu machen. Er hat gezeigt, daß die Nationalliberalen abgewählt haben, unter welchem Namen sie immer aufzutreten versuchen. Das größere Stück Arbeit steht uns aber noch bevor; jetzt gilt es, in der zweiten Klasse zu vollenden, was die dritte begonnen hat. „Nunmehr müßte ich auch der zweiten Klasse einen Erfolg, und die Sozialdemokratie wird dazu auch in diesen beiden Schlachten ihren letzten Mann um die Türe senden.“

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt zu dem Sieg unserer Genossen und der Niederlage der Nationalliberalen: „Wohl hatte man allgemein erwartet, daß auch diesmal die Sozialdemokratie über die unter der Flagge der „vertretenden National liberalen Arbeiter- Vereine“ stehenden Arbeiterkandidaten einen Sieg erringen würde, doch dieser Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Sozialdemokratie hat gegenüber dem vor drei Jahren erzielten Resultat mit 3800 Stimmen einen Zuwachs von fast 1400 Stimmen, die national liberale Partei dagegen mit 1900 Stimmen einen Rückgang von sechs hundert Stimmen zu verzeichnen. Wenn das Organ der National Liberalen sich Angesichts dessen darüber aufregt, während die Frankfurter nur 400 Stimmen erhielten, während die demokratischen alle vier ersten Namen auf der sozialdemokratischen Liste vertraten, so ist dem Wahltag überhaupt nicht beizulegen, so ist darin nichts Anderes als ein nur zu erklärlicher Mangel m o r z erblicken. Denn der Generalanleger! muß genau, daß Demokratie und Freisinn auf die dritte Klasse nicht gerechnet, dagegen in der zweiten Klasse zu haben, ihre Ziele zum Siege zu führen. Wir wollen daher den Kampf gegen die national liberalen Lager nach der zunächst folgenden Einführung der Sozialdemokratie in die Reichstagsliste nicht mehr aus der Hand lassen.“

Die deutsche Volkspartei hat es für angebracht gehalten, wieder einmal ein Lebenszeichen von sich zu geben, und hat in Ulm einen Parteitag veranstaltet, der am Sonnabend seinen Anfang nahm.

Heißt das angeborene Ebnst, der der Partei überhört
ersattete, das ist lessamer Weise für wüthig gehalten,
Vertiefung des sozialpolitischen Pro-
gramms der Partei angedeutet. Dieses Programm
habe ich durchgans bewährt. Er bespricht ferner die vor-
genommenen Mahlen, bei denen die Partei theilnahm,
und empfielt Stärkung und Ausbreitung der Organisation
als unerlässliche Bedingung künftiger Erfolge. Zum
Schlusse erwähnt er die in letzter Zeit hervorgetretenen
unerwünschten Erscheinungen im politischen Leben, ins-
besondere das Auftreten des Militarismus,
und mahnte zum Widerstand gegen diesen

Die Reichstagskommission hat sich über die Marinepläne, die sich seit der Einführung des Flotten und Infanterie, daß die Marine vorzugsweise aus Karabinen und Mänschwerk bewenden werde, Ferner legen dar, daß das dem Flotte, und dem Deutschen Reich seinem Lohndar auch noch ein Schlachtkraft, und dem Flotte halten sollte, energisch entgegengetreten werden mußte und daß nur das für die Verwirklichung des Flotten Flottenpotenziums zu bewilligen sei. (Die Regierung begründet so auch alle ihre Forderungen mit der „Notwendigkeit des Schutzes des Vaterlandes“, wodurch Zugleichhülfe seitens der Demokraten schon sehr erleichtert sind.) Eine dahin gehende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach längeren Anträgen und nach Behandlung der beim engeren Ausschuss eingeleiteten Anträge, sprach Reichsgraf v. Helldorf-Hardendorf zu. Er legte kurz den vorliegenden Standpunkt dar und begründete eine Resolution, die sich für Verbesserung der Lage der Frauen hinsichtlich ihrer Bildung und Erziehungsmittel ausspricht. In der Debatte wurde noch mehrfach hervorgehoben, daß eine spätere, eingehendere Behandlung der Frauenfrage anzukündigen sei. Dr. Graef v. Berlin sprach über Zwangsorganisation des Handwerkes und nahm eine Resolution vor, die in der Form angenommen wurde, daß die Partei entschieden die Ablehnung des Zwangsgesetzes, dagegen die Vorlegung eines Entwurfes über Handwerksorganisation „auf freies Feld der Grundfrage“ verlagert. Die weitere Debatte wurde vertagt.

Dem direkt aus der Befähigungsfrage entworfenen Dr. Quide wurde ein warmer Empfang bereitet.

Sozialpolitische Erhebungen sollen in Väter auf Anordnung des Ministeriums stattfinden, um über die Klagen des „Mittelstandes“ Klarheit zu schaffen. Es sollen solche Erhebungen nach drei Richtungen hin vorgenommen werden. Erstens darüber, ob die Klagen über die neuen Vorschriften, betreffend den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien, berechtigt sind. Die zweite betrifft die Verpflegungs- und Filialgeschäfte. Das Ministerium hat den Be-

[illegible]

Zweifel an der Nützlichkeit der Ausstellungen
schämen der Direction des bayerischen Generalcommissars in Nürnberg aufgetragen zu sein. Dieselbe wird eine Enquete veranlassen, um den praktischen Werth festzustellen, den die Theilnahme an unseren modernsten Ausstellungen hat, indem erhoben werden soll welche geistlichen Vorteile die Aussteller aus der Beschäftigung mit der öffentlichen Landesausstellung gezogen haben. Zu diesem Zweck ist eine Umfrage ergangen, welche Beträge die Aussteller in Folge und als Veranlassung ihrer Theilnehmung an der Ausstellung ungenutzt haben, gleichviel ob die Abschlüsse oder Beschlüssen innerhalb oder außerhalb der Ausstellung gemacht wurden. Selbstverständlich werden die einzelnen Umsatzlisten streng hiebei gehalten und wird nur das Zusammengefaßte bekanntgegeben publizirt werden. Ein abschließendes Urtheil über die nützlichkeit dieser Ausstellungen kann nur nach Verlauf von Jahren gefällt werden, keineswegs gewonnen werden können, doch ist in die Zeit viel zu kurz, als daß sich die Wirkungen fest lassen, wo die Ausstellung noch nicht einmal beendet ist, vollständig

Der Kauf
Ber-
ch er =
tätlich
lehten
wohl
Jahr
n sein
schies-
nach
en ist,
sicherheit
er mit
b der
brüder
inrich
r Wes-
elagen
stliche
lehten
zehn
g.
am
einen
Meter
Er
nung
eine
um i
um i
beiter
rieße
dem
t das
seiner
erden.
ef.
erein
s u.
n die
reten.
erden
s bes
niente
sburg
Ber-
n und
flora"
driffen
ührung
belts.
den
be =
g u =
nden,
l und
s das
h alle
tionen
in.
arm-
als
Strede
sburg
horn-
mittes
Aktien
Alfeld
vor-
g an-
ührung
Blach-
impel-
t die
abon-
auf
berlin
velli-
der-
gältig
fand
war
Hann-
o die
eichs-
pfahl
krati-
dann
n.
m m
hnen.
a der
adher
arm-
eder,
llge-
ndere
zeigt
elson
ektor
Solen
stelle
auf
rbeit
eifen.
ektor
chen,
mann
und
eiler
h in
sich
ihm
e bei
über
Zahl
dem
nin
gotte
ngen
iben
ben,
was
von
ber,
den.
be-
heißt
hen.
sten
g.
gen
nto-
nig
Die
min
min
ede.
pet-
sen,
der,
ers.
Earl
859
28.
16
nung
neue
des
tlich

[illegible]